

Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Sekretariat der Staatspolitischen Kommissionen Parlamentsdienste 3003 Bern

Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin Sehr geehrte Kommissionsmitglieder

Am 30. März 2015 haben Sie unter dem Titel "Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren" ein Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Sie haben uns eingeladen, zur Vernehmlassungsvorlage eine Stellungnahme abzugeben. Wir äussern uns dazu wie folgt.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beabsichtigt, ausländische Personen in einer eingetragenen Partnerschaft gegenüber ausländischen Ehepartnerinnen und Ehepartnern beim Erwerb des Schweizer Bürgerrechts gleichzustellen. Durch eine Änderung der Bundesverfassung (BV; SR 101) soll dem Bund die Kompetenz zugewiesen werden, nebst der Einbürgerung infolge Abstammung, Heirat und Adoption auch den Erwerb und Verlust der Bürgerrechte kraft der Eintragung einer Partnerschaft einheitlich zu regeln. Parallel dazu soll das Bürgerrechtsgesetz (BüG; SR 141.0) so geändert werden, dass die Bestimmungen für die erleichterte Einbürgerung fortan auch auf ausländische Personen in einer eingetragenen Partnerschaft mit Schweizer Staatsangehörigen anwendbar sind. Wir begrüssen die Bestrebungen, ausländische Personen in einer eingetragenen Partnerschaft gegenüber aus-

ländischen Ehepartnerinnen und Ehepartnern beim Erwerb des Schweizer Bürgerrechts gleichzustellen. Wir stimmen der Vernehmlassungsvorlage deshalb grundsätzlich zu.

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin, sehr geehrte Kommissionsmitglieder, wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie mit vorzüglicher Hochachtung.

Altdorf, 12. Juni 2015

Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

Der Kanzleidirektor

Dr. Heidi Z'graggen

Roman Balli